

## **B021: Projekt „Faire Mobilität“**

Laufende Nummer: 039

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB-Bundesjugendausschuss
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	B - Arbeit der Zukunft und soziale Sicherheit
<b>Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen</b>	Zeile 1 - 2: Ersetzung

### **Projekt „Faire Mobilität“**

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 Der DGB unterstützt weiterhin ~~vollumfänglich~~ das Projekt „Faire Mobilität“ und ~~wirkt auf~~setzt sich  
2 dafür ein, dass in allen Bundesländern eine  
3 ~~deutliche Ausweitung hin~~arbeits- und sozialrechtliche Erstberatung von mobilen Beschäftigten  
4 angeboten wird.
- 5 Die zentralen Punkte hierbei sind ein flächendeckendes Beratungsangebot und die Erweiterung der  
6 Sprachenvielfalt in den Beratungsstellen. Zudem muss die Vernetzung der bestehenden  
7 Beratungsstrukturen auf europäischer Ebene vorangetrieben und mit einer verstärkten  
8 Öffentlichkeitsarbeit zu den betroffenen Personen gebracht werden.
- 9 Der DGB wird eine breite Debatte mit Gewerkschaften und Politik auf europäischer Ebene führen, um  
10 neben der Beratung und Betreuung von mobilen Beschäftigten auch eine klare Verbesserung der  
11 Rahmenbedingungen zu erzielen.
- 12 In dieser Debatte müssen folgende Punkte berücksichtigt werden.
  - 13 • Unser Verständnis von fairen Arbeitsbedingungen beinhaltet gleiches Entgelt für  
14 gleiche Arbeit (equal pay), gleiche Rechte (equal rights) und menschenwürdige Arbeitsplätze,  
15 die den Qualifikationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entsprechen.
  - 16 • Soziale Absicherung wie z. B. Arbeitslosenunterstützung und Rentenansprüche müssen in den  
17 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union übertragbar gemacht werden.
  - 18 • Es gibt eine erhebliche Lohnlücke zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Die  
19 Gewerkschaften in Europa müssen sich bemühen, diese Lohnunterschiede langfristig zu  
20 schließen, um den Abbau von Know-how zu verhindern und die gezwungenen Push-Faktoren in den  
21 sendenden Ländern zu verringern.

### **Begründung**

Das Projekt Faire Mobilität hilft, gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf dem

deutschen Arbeitsmarkt durchzusetzen. Die politische Verantwortung für das Projekt liegt beim DGB-Bundesvorstand. Es wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den DGB-Gewerkschaften.

### **Im Rahmen des Projekts**

...werden **Studien** erstellt, in der die regelmäßig auftauchenden Probleme mittel- und osteuropäischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herausgearbeitet, deren Bedarfe an sozialrechtlicher und arbeitsrechtlicher Beratung untersucht und politische Handlungsempfehlungen entwickelt wurden.

...sind **sieben Beratungsstellen** aufgebaut worden, in denen mobile Beschäftigte in ihren Landessprachen arbeitsrechtlich und sozialrechtlich informiert und unterstützt werden. Die Beratungsstellen kooperieren mit vergleichbaren Einrichtungen lokaler Träger und sind Teil eines bundesweit agierenden Netzwerks.

...werden **Bildungsmaterialien** entwickelt, die über die Situation von mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sensibilisieren und aufklären. Mit den modularen Fortbildungspaketen werden Personal- und Betriebsräte geschult, die in der Regel die ersten Anlaufstellen in den Betrieben und Verwaltungen sind, wenn es um Löhne und Arbeitsbedingungen geht. Außerdem wird das Personal anderer gewerkschaftsnaher Beratungseinrichtungen geschult.

...werden zusätzliche Maßnahmen entwickelt und durchgeführt, die den **transnationalen Dialog der Gewerkschaften** unterstützen und vertiefen.